

Ende einer Ära?

Der anhaltende Widerstand in Pakistan gegen das Musharraf-Regime ist ermutigend und sollte vom Westen unterstützt werden

Thomas Bärthlein

Seit acht Jahren regiert General Pervez Musharraf Pakistan. Zurzeit steckt er in der wohl schwersten Krise seit seinem Putsch. Nach der Suspendierung des Obersten Richters Iftikhar Choudhary am 9. März wollen die Proteste nicht aufhören. Wie sich Anwälte, Medien, Opposition und Zivilgesellschaft in Pakistan für rechtsstaatliche Prinzipien einsetzen, ist beeindruckend und verdient mehr Sympathie im Ausland.

Es gibt wohl wenige Politiker, die sich international so hervorragend verkaufen können wie der pakistanische Staatschef. General Musharraf gilt seit dem 11. September 2001 als der alleinige Garant dafür, dass Pakistan nicht von radikalen Islamisten überrannt wird. Selbst wenn kritische Nachfragen nicht ganz ausbleiben, warum die Taliban in Pakistan weiterhin so aktiv sind - vor einem Pakistan ohne Musharraf fürchtet sich der Westen.

Mit einer gewissen Sorge betrachten viele daher in diesen Tagen, dass Musharraf aktuell in gehörigen Schwierigkeiten steckt. Dabei hat sich der General die Probleme zum größten Teil selbst eingebrockt. Er hat den Obersten Richter am 9. März suspendiert – mit fragwürdigen Begründungen und vermutlich einfach deshalb, weil Iftikhar Choudhary ihm zu unabhängig agierte, womöglich gar Musharrafs für den Herbst arrangierte Wiederwahl gefährdet hätte. Als die Anwälte des Landes Rückgrat bewiesen und Solidarität mit Choudhary zeigten, und als ihre lautstarken Proteste täglich live im Fernsehen zu verfolgen waren, kam der nächste Fehler: Die Regierung versucht seit Wochen, die Medien und besonders die privaten TV-Nachrichtenkanäle einzuschüchtern und zu zensieren. Mit wenig Erfolg bislang, denn immer wieder sa-

hen sich die Machthaber gezwungen, sich bei den Journalisten zu entschuldigen oder Dekrete wieder zurückzunehmen.

Manche liberale Pakistaner reiben sich erstaunt die Augen, dass die Menschen in Pakistan eben nicht nur bei religiösen Agitationen auf die Straße gehen, sondern auch für Rechtsstaatlichkeit und die Verfassung. Wesentlich stärker als die bürgerlichen Oppositionsparteien, deren Chefs Benazir Bhutto und Nawaz Sharif noch abwartend im Exil sitzen, prägt die Zivilgesellschaft die Proteste. Anwälte streiken, Fernsehmoderatoren berichten live vom Beschuss ihres Senders. Und die Politologin Ayesha Siddiqua kommt da gerade recht mit einem neuen Buch über die geschäftlichen Verstrickungen des pakistanischen Militärs. Zwar hat der Widerstand nach internationalen Maßstäben noch keinen Massencharakter. Die meisten Demonstrationen mobilisieren nur ein paar Tausend Menschen. Aber die Beharrlichkeit der Aktivisten zumindest markiert schon ein neues Kapitel in der politischen Geschichte des Landes.

Musharraf hat seine Verdienste, keine Frage. Entschlossenheit im Kampf gegen den Islamismus gehört weniger dazu als zum Beispiel der Friedensprozess mit Indien oder die Öffnung

der Medien, die ja erst dadurch aktuell so eine wichtige Rolle spielen können.

Das rechtfertigt aber keine Vorzugsbehandlung für den General. Es wird Zeit, dass der Westen endlich begreift: Es gibt Alternativen zu Musharraf. US-Außenpolitiker, besonders von der Demokratischen Partei, drängen bereits auf eine Demokratisierung. Und sie haben Recht: Militärherrschaft ist keine Lösung für die Probleme Pakistans und seiner Nachbarländer. Im Gegenteil hat das pakistanische Militär seit vielen Jahren islamistische Gruppen gefördert, um innen- und außenpolitische Prozesse im eigenen Interesse zu manipulieren. Dennoch ist der Rückhalt im Land für islamistische Parteien, mal abgesehen von der Grenzregion zu Afghanistan, äußerst überschaubar geblieben. Jetzt jedenfalls sind es die mutigen Anwälte und Journalisten in Pakistan, die unsere Solidarität verdienen – und nicht ein Diktator, dessen Ära womöglich bald zu Ende geht.